



Hochschule für
Wirtschaft und Recht Berlin
Berlin School of Economics and Law

45/2023

Mitteilungsblatt / Bulletin

8. August 2023

**Satzung der Studierendenschaft
der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin
vom 20.07.2023**

**Statute of the student body
at the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin)
Date: 20.07.2023**

Editor
Der Präsident der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin /
The President of the Berlin School of Economics and Law
Badensche Straße 52 • 10825 Berlin
T +49 (0)30 30877-1393 • F +49 (0)30 30877-1319

Inhalt

I.	Allgemeines	4
§ 1	Organe und deren hochschulpolitische Aufgaben	4
§ 2	Vollversammlung der Studierenden	5
§ 3	Studierendenparlament	5
§ 4	Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)	7
§ 5	Rechtsschutz	8
II.	Finanzangelegenheiten	9
§ 6	Haushalt der Studierendenschaft	9
§ 7	Sitzungsgeld	10
§ 8	Haftung	10
III.	Studentische Beteiligung an der Hochschulpolitik	10
§ 9	Fachschaften	10
§ 10	Urabstimmungen	11
IV.	Schlussbestimmungen	12
§ 11	Änderungen	12
§ 12	Inkrafttreten, Außerkrafttreten	12

Contents

I.	General	13
§ 1	Bodies and their political responsibilities	13
§ 2	Plenary meeting of the student body	14
§ 3	Student Parliament	14
§ 4	General Students' Committee (AStA)	16
§ 5	Legal protection	17
II.	Financing	17
§ 6	Student body budget	17
§ 7	Attendance fee	18
§ 8	Liability	19
III.	Student involvement in university policies	19
§ 9	Student associations	19
§ 10	Strike ballots	19
IV.	Final provisions	20
§ 11	Changes	20
§ 12	Commencement / end	20

Satzung der Studierendenschaft der Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin vom 20.07.2023¹

Auf Grund von § 19 Absatz 2 des Gesetzes über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz - BerlHG) in der Fassung vom 26.07.2011 (GVBl. S. 378), zuletzt geändert am 11.07.2023 (GVBl. S. 260), hat das Studierendenparlament folgende Satzung beschlossen:

I. Allgemeines

§ 1 Organe und deren hochschulpolitische Aufgaben

Die immatrikulierten Studierenden, die ihre Rechte an der HWR Berlin wahrnehmen, bilden die Studierendenschaft.

(1) Organe der Studierendenschaft sind

1. die Vollversammlung der Studierenden (VV),
2. das Studierendenparlament (StuPa) und
3. der Allgemeine Studierendenausschuss (AStA).

(2) Die Studierendenschaft hat die Belange der Studierenden in Hochschule und Gesellschaft wahrzunehmen und die Verwirklichung der Ziele und Aufgaben der Hochschule nach § 4 BerlHG zu fördern. In diesem Sinne nimmt sie im Namen ihrer Mitglieder ein politisches Mandat wahr.

Die Studierendenschaft hat insbesondere folgende Aufgaben:

1. bei der sozialen und wirtschaftlichen Selbsthilfe der Studierenden mitzuwirken,
2. die Meinungsbildung in der Gruppe der Studierenden zu ermöglichen,
3. an der Erfüllung der Aufgaben der Hochschulen, insbesondere durch Stellungnahmen zu
4. hochschul- oder wissenschaftspolitischen Fragen, mitzuwirken.
5. auf der Grundlage der verfassungsmäßigen Ordnung die politische Bildung, das
6. staatsbürgerliche Verantwortungsbewusstsein und die Bereitschaft ihrer Mitglieder zur
7. aktiven Toleranz sowie zum Eintreten für die Grund- und Menschenrechte zu fördern,
8. kulturelle, fachliche, wirtschaftliche und soziale Belange ihrer Mitglieder wahrzunehmen,
9. die Inklusion ausländischer Studierender zu fördern,
10. den Hochschulsport zu fördern,
11. die überregionalen und internationalen Studierendenbeziehungen zu pflegen und
12. die Erreichung der Ziele des Studiums gemäß § 21 BerlHG zu fördern.

(3) Zur Erfüllung ihrer Aufgaben kann die Studierendenschaft insbesondere auch zu solchen Fragen Stellung beziehen, die sich mit der gesellschaftlichen Aufgabenstellung der Hochschulen sowie mit der Anwendung der wissenschaftlichen Erkenntnisse und der Abschätzung ihrer Folgen für die Gesellschaft und die Natur beschäftigen. Die Studierendenschaft und ihre Organe können für die Erfüllung ihrer Aufgaben Medien aller Art nutzen und in diesen Medien auch die Diskussion und Veröffentlichung zu allgemeinen gesellschaftlichen Fragen ermöglichen.

(4) Jedes Mitglied der Studierendenschaft hat das Recht an den Organen der Studierendenschaft mitzuwirken und ist für alle Organe aktiv und passiv wahlberechtigt.

¹ Bestätigt von der Hochschulleitung der HWR Berlin am 07.08.2023.

§ 2 Vollversammlung der Studierenden

- (1) Die Studentische Vollversammlung ist das höchste Organ der Studierendenschaft.
- (2) Die Vollversammlung wird durch den Allgemeinen Studierendenausschuss einberufen:
 - auf Beschluss des Allgemeinen Studierendenausschusses,
 - auf Beschluss des Studierendenparlamentes,
 - auf schriftlichen Antrag von fünf vom Hundert der Studierendenschaft.
- (3) Die Einberufung einer Vollversammlung erfolgt mit dem Beifügen einer Tagesordnung an die Einladung mit Angaben zum Datum, zur Uhrzeit und zum Veranstaltungsort.
- (4) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn nach Absatz 3 ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens sieben Prozent der Mitglieder der Studierendenschaft anwesend sind.
- (5) Sie kann mit Dreiviertelmehrheit die Beschlüsse des Studierendenparlamentes mit Ausnahme von Satzungsänderungen sowie Beschlüssen über die Beitragsordnung und den Haushaltsplan der Studierendenschaft aufheben, die Auflösung des Studierendenparlamentes beschließen und Stellungnahmen verabschieden.
- (6) Teilversammlungen der Studierenden eines Fachbereiches werden durch den Allgemeinen Studierendenausschuss einberufen:
 - auf Beschluss des Allgemeinen Studierendenausschusses,
 - auf Beschluss des Studierendenparlamentes,
 - auf schriftlichen Antrag von zehn Prozent der Studierenden des jeweiligen Fachbereiches
- (7) Jedes Mitglied der Studierendenschaft hat auf der Vollversammlung Rede-, Antrags- und Stimmrecht.

§ 3 Studierendenparlament

- (1) Das Studierendenparlament besteht gemäß § 19 Absatz 3 Satz 1 Berliner Hochschulgesetz aus 30 Mitgliedern.
- (2) Die Vorbereitung und Durchführung der Wahlen zum Studierendenparlament richtet sich grundsätzlich nach der Wahlordnung der HWR Berlin. Abweichende Regelungen können durch das Studierendenparlament beschlossen werden.
- (3) Die Wahlen erfolgen zusammen mit den Gremienwahlen der HWR Berlin.
- (4) Die Amtszeit der Mitglieder des Studierendenparlamentes beträgt ein Jahr. Bis zur Konstituierung der neu gewählten Organe bleiben die Organe der abgelaufenen Amtsperiode geschäftsführend im Amt.
- (5) Das Studierendenparlament wählt auf seiner konstituierenden Sitzung das Präsidium, bestehend aus:
 1. der Präsidentin oder dem Präsidenten,
 2. einer Stellvertreterin oder einem Stellvertreter und
 3. einer Schriftführerin oder einem Schriftführer.

Die Wählbarkeit und Aufgaben der Präsidiumsmitglieder werden in der Geschäftsordnung geregelt.

- (6) Auf der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlamentes findet die Wahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses für die neue Legislaturperiode des Allgemeinen Studierendenausschusses statt. Die Amtszeit des Allgemeinen Studierendenausschusses beträgt 1 Jahr.
- (7) Die Aufgaben des Präsidiums regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.
- (8) Die Abwahl der Mitglieder des Präsidiums des Studierendenparlamentes ist mit Hilfe eines konstruktiven Misstrauensvotums möglich. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.
- (9) Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Studierendenparlamentes soll spätestens innerhalb von vier Wochen des auf die Neuwahl folgenden Semesterbeginns stattfinden. Nach Auflösung des Studierendenparlamentes findet die konstituierende Sitzung innerhalb von drei Wochen statt.
Die Einladung zur konstituierenden Sitzung des neu gewählten Studierendenparlamentes erfolgt durch die Präsidentin oder den Präsidenten der vorherigen Legislaturperiode.
- (10) Die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes regelt insbesondere: Einberufung der Sitzungen, Tagesordnung, Vorsitz, Abstimmungsmodus und Protokollführung.
- (11) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens ein Drittel der Mitglieder anwesend ist.
- (12) Bei außerordentlichen Sitzungen, die auf Grund fehlender Beschlussfähigkeit der vorherigen Sitzung stattfinden, ist die Beschlussfähigkeit gegeben, wenn mindestens 20 Prozent der Mitglieder sowie ein Mitglied des Vorstands oder Präsidiums anwesend sind. Bei der Einladung ist auf diese Regelung hinzuweisen.
- (13) Sitzungen können in Präsenz und/ oder als Video- und/oder als Audiokonferenzen durchgeführt werden. Schriftliche Beschlussverfahren und elektronische Umlaufverfahren sind zulässig. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
- (14) Das Studierendenparlament soll mindestens viermal pro Semester tagen. Darüber hinaus tagt das Studierendenparlament:
1. auf Antrag des Allgemeinen Studierendenausschusses,
 2. auf schriftlichen Antrag von einem Viertel seiner Mitglieder oder
 3. auf schriftlichen Antrag von mindestens einem vom Hundert der Mitglieder der Studierendenschaft, innerhalb von 60 Kalendertagen.
- (15) Das Studierendenparlament hat neben den gesetzlichen Aufgaben aus dem Berliner Hochschulgesetz insbesondere folgende Aufgaben:
1. Die Wahl, Entlastung und Abwahl des Allgemeinen Studierendenausschusses oder einzelner Referentinnen und Referenten des Allgemeiner Studierendenausschuss. Das Studierendenparlament legt die Anzahl der Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses fest. Die Abwahl ist nur durch ein konstruktives Misstrauensvotum möglich. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
 2. Sich eine Geschäftsordnung zu geben und diese zu beschließen.
 3. Die Satzung der Studierendenschaft zu beschließen.

4. Haushalterische Aufgaben:
 - a) . die Festsetzung der Beiträge gemäß § 18a Absatz 4 und § 20 Absatz 1 BerlHG
 - b) Beschlussfassung des Haushaltsplanes / des Nachtragshaushaltsplanes der Studierendenschaft und anschließend Vorlage zur Genehmigung gemäß § 20 Absatz 1 BerlHG beim Präsidium der HWR Berlin
 - c) Kenntnisnahme des Jahresabschlusses und Bestellung der Wirtschaftsprüfung
 - d) Wertung des Ergebnisses der Wirtschaftsprüfung. Sofern das Ergebnis keine Beanstandungen ausweist, ist die Entlastung des AStAs zu beschließen und danach die Genehmigung der Entlastung beim Präsidium der HWR Berlin zu beantragen. Sollte das Ergebnis Beanstandungen ausweisen, sind geeignete Maßnahmen zu treffen, um die Beanstandungen nachweislich auszuräumen.
5. Näheres regelt die Geschäftsordnung.

(16) Das Studierendenparlament kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder in Ausübung seiner Aufgaben Ausschüsse und Kommissionen einrichten. Diese sind an die Beschlüsse des Studierendenparlamentes gebunden, rechenschaftspflichtig und jederzeit auflösbar. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die Bestellung und Auflösung erfolgt mit einfacher Mehrheit.

(17) Mitglieder des Präsidiums des Studierendenparlamentes erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung bis zur Höhe von einem Zwölftel der Übungsleiterpauschale gemäß § 3 Nr. 26 Einkommensteuergesetz. Die Höhe wird vom Studierendenparlament durch den Beschluss des Haushaltsplanes und in der Geschäftsordnung festgelegt.

§ 4 Allgemeiner Studierendenausschuss (AStA)

- (1) Der Allgemeine Studierendenausschuss vertritt die Studierendenschaft in allen Angelegenheiten nach innen und außen. Er erledigt die laufenden Geschäfte der Studierendenschaft. Dazu gehört auch die Bewirtschaftung der Mittel gemäß § 6.
- (2) Der Allgemeine Studierendenausschuss besteht aus bis zu 16 Mitgliedern. Er besteht im Kern aus:
 1. der oder dem Vorsitzenden für Äußeres,
 2. der oder dem Vorsitzenden für Inneres,
 3. dem Vorstandsmitglied für Finanzen und Recht
 4. dem Vorstandsmitglied für Hochschulpolitik und Beteiligung
 5. bis zu 12 weiteren Referentinnen und Referenten gemäß Geschäftsordnung.
- (3) Tritt ein Mitglied des Allgemeinen Studierendenausschusses zurück oder scheidet es aus der Hochschule aus, so ist eine Nachfolgerin oder ein Nachfolger durch das Studierendenparlament zu wählen.
- (4) Der Allgemeine Studierendenausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.
- (5) Die konstituierende Sitzung des neu gewählten Allgemeinen Studierendenausschusses soll spätestens innerhalb von zwei Wochen nach Wahl durch das Studierendenparlament stattfinden.
- (6) Die Einladung zur konstituierenden Sitzung erfolgt durch den zum Zeitpunkt der Ladungsfrist gewählten Vorsitz.
- (7) Die Geschäftsordnung des Allgemeinen Studierendenausschusses regelt insbesondere: Einberufung der Sitzungen, Tagesordnung, Vorsitz, Abstimmungsmodus und Protokollführung.

- (8) Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, wenn ordnungsgemäß eingeladen wurde und mindestens ein Drittel der Mitglieder und mindestens drei Personen gemäß Absatz 2 Nummer 1 bis 4 anwesend ist.
- (9) Bei außerordentlichen Sitzungen, die auf Grund fehlender Beschlussfähigkeit der vorherigen Sitzung stattfinden, ist die Beschlussfähigkeit gegeben, wenn mindestens 20 Prozent der Mitglieder und mindestens zwei Mitglieder des Vorstands anwesend sind. Bei der Einladung ist auf diese Regelung hinzuweisen.
- (10) Sitzungen können in Präsenz und/ oder als Video- und/oder als Audiokonferenzen durchgeführt werden. Schriftliche Beschlussverfahren und elektronische Umlaufverfahren sind zulässig. Näheres regelt die Geschäftsordnung.
- (11) Der Allgemeine Studierendenausschuss kann zur Vorbereitung seiner Beschlüsse oder in Ausübung seiner Aufgaben Ausschüsse und Kommissionen einrichten. Diese sind an die Beschlüsse des Allgemeinen Studierendenausschusses gebunden, rechenschaftspflichtig und jederzeit auflösbar. Näheres regelt die Geschäftsordnung. Die Bestellung und Auflösung erfolgt mit einfacher Mehrheit.
- (12) Die Vorstandsmitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses gemäß § 4 Absatz 2 Nr. 1 bis 4 können eine monatliche Vergütung bis zur Höhe des Förderungshöchstsatzes gemäß § 13 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes erhalten.
Die Mitglieder des Allgemeinen Studierendenausschusses gemäß Absatz 2 Nr. 5 können eine monatliche Vergütung bis zur Höhe von zwei Dritteln des Förderungshöchstsatzes gemäß § 13 Absatz 1 Nr. 2 und Absatz 2 Nr. 2 des Bundesausbildungsförderungsgesetzes erhalten.
Genauerer regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.
- (13) Die Studierendenschaft der HWR Berlin, vertreten durch den Allgemeinen Studierendenausschusses, gewährt Zuschüsse. Näheres regelt die Zuschussordnung.
- (14) Der Allgemeine Studierendenausschuss kann bis zu fünf ehrenamtliche Beauftragte, welche die Arbeit der studentischen Selbstverwaltung in den jeweiligen Fachbereichen verantworten, bestellen. Die Bestellung kann höchstens für ein Jahr erfolgen. Eine erneute Bestellung ist möglich. Die ehrenamtlichen Beauftragten können eine monatliche Aufwandsentschädigung bis zur Höhe von zwei Dritteln der Aufwandsentschädigung gemäß § 3 Abs. 17 erhalten. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.
- (15) Der Allgemeine Studierendenausschuss kann bis zu drei ehrenamtliche Beauftragte bestellen, welche nicht an ein Mitglied des Allgemeinen Studierendenausschusses zugewiesene Aufgaben der studentischen Selbstverwaltung verantworten. Die Bestellung kann höchstens für ein Jahr erfolgen. Eine erneute Bestellung ist möglich. Die ehrenamtlichen Beauftragten können eine monatliche Aufwandsentschädigung bis zur Höhe von zwei Dritteln der Aufwandsentschädigung gemäß § 3 Abs. 17 erhalten. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.

§ 5 Rechtsschutz

Jedem Mitglied des Allgemeinen Studierendenausschusses und des Studierendenparlamentes ist für Rechtsstreitigkeiten, die aus der Wahrnehmung seines Amtes resultieren, auf Antrag Rechtsschutz zu gewähren.

II. Finanzangelegenheiten

§ 6 Haushalt der Studierendenschaft

(1) Der Allgemeine Studierendenausschuss ist verantwortlich für die Erstellung der Beitragsordnung, für die Aufstellung des Haushaltsplanes / des Nachtragshaushaltes, für die Bewirtschaftung der Mittel, für die Erstellung des Jahresabschlusses sowie für die Abrechnungen der Semesterticketbeiträge gegenüber dem Vertragspartner. Maßgebend für die Mittelplanung und -verwendung sind insbesondere § 20 BerlHG, die Landeshaushaltsordnung Berlin sowie die Vorschriften aus dem Vergaberecht. Für die Abrechnung der Semesterticketbeiträge gilt insbesondere der gültige Semesterticketvertrag i. V. m. § 18a BerlHG.

(2) Die Beitragsordnung ist semesterweise zu erstellen. Sofern ein Semesterticketvertrag geschlossen wurde, sind die jeweils gültigen Preise in die Beitragsordnung aufzunehmen. Die Beitragsordnung muss vom Studierendenparlament gemäß § 3 Abs. 15 Nr. 4a beschlossen und vom Hochschulpräsidium nach den Vorschriften gemäß §§ 20 Abs. 1 und 18a Abs. 4 BerlHG genehmigt werden. Nach Genehmigung durch das Präsidium der HWR Berlin wird die Beitragsordnung im Mitteilungsblatt der HWR Berlin unverzüglich veröffentlicht.

(3) Die Aufstellung des Haushaltsplanes verantwortet das AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3. Sie basiert einnahmeseitig auf der genehmigten Beitragsordnung und den Studierendenzahlen aus den beiden Vorsemestern. Ausgabeseitig müssen alle vertraglichen, alle satzungsgemäßen sowie sonstig geplante Ausgaben aus den Einnahmen finanzierbar sein. Der Haushaltsplan ist in seinen Einnahmen und Ausgaben so auszugleichen, so dass weder ein Fehlbetrag noch ein Überschuss ausgewiesen wird. Es gelten die haushaltstechnischen Richtlinien des Landes Berlin für die formelle Aufstellung, einschließlich der Rundungsvorschriften. Die Titelansätze sind so zu erläutern, dass der Ansatz nachvollziehbar ist.

Ein Nachtragshaushalt muss nur bei signifikanten Mehr- oder Mindereinnahmen aufgestellt werden. Es gelten die gleichen Regelungen wie für die Aufstellung des Haushaltsplanes.

Der Haushaltsplan / der Nachtragshaushalt muss vom Studierendenparlament gemäß § 3 Abs. 15 Nr. 4b beschlossen und vom Hochschulpräsidium gemäß § 20 Abs. 1 BerlHG genehmigt werden. Das Verfahren zur Aufstellung des Haushaltsplanes / des Nachtragshaushaltes wird in der Geschäftsordnung geregelt.

(4) Die Bewirtschaftung der Mittel verantwortet das AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3. Die AStA-Vorstandsmitglieder nach § 4 Abs. 2 Nr. 1-3 sind unterschrittsbefugt für alle Auszahlungen. Weitere Unterschriftbefugnisse werden von dem AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 auf Mitglieder und Mitarbeitende des AStAs übertragen. Es müssen ausreichend Unterschriftsbefugnisse erteilt werden, so dass immer ein „Vier – Augen – Prinzip“ gewährleistet ist. Die Übertragungen sind schriftlich zu dokumentieren. Sofern sich die Studierendenschaft für Zahlung, Buchführung und Rechnungslegung gemäß § 20 Abs. 2 BerlHG den Einrichtungen der Hochschulverwaltung bedient, sind die organisatorischen Regelungen in einer Verwaltungsvereinbarung niederzulegen.

Sofern die Studierendenschaft die Zahlung, Buchführung und Rechnungslegung selbstständig verantwortet, sind alle notwendigen organisatorischen Regelungen zur Einhaltung insbesondere der LHO Berlin und des Vergaberechts schriftlich zu fixieren. Die Einhaltung der Regelungen verantwortet das AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 und ist gegenüber dem Allgemeinen Studierendenausschuss und dem Studierendenparlament berichtspflichtig. Die Regelungen und deren Einhaltung unterliegen der Rechtsaufsicht des Hochschulpräsidiums gemäß § 18 Abs. 4 BerlHG.

(5) Nach Abschluss des Haushaltsjahres ist ein Jahresabschluss über die Haushalts- und Wirtschaftsführung gemäß LHO Berlin bis zum Ende des 2. Quartals des Folgejahres zu erstellen. Der Jahresabschluss ist gemäß § 3 Abs. 15 Nr. 4c dem Studierendenparlament vorzulegen und nach Beschlussfassung eine Wirtschaftsprüfung gemäß § 20 Abs. 3 BerlHG zu beauftragen. Das AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 ist Ansprechpartner/in für die Wirtschaftsprüfung. Das Ergebnis der Wirtschaftsprüfung ist gemäß § 3 Abs. 15 Nr. 4c dem Studierendenparlament zur Beschlussfassung über die Entlastung des AStAs für das geprüfte Haushaltsjahr vorzulegen.

(6) Sofern ein Semesterticketvertrag gemäß §18a Abs. 1 BerlHG geschlossen wurde, verantwortet das AStA-Vorstandsmitglied nach § 4 Abs. 2 Nr. 3 die vertragsgemäße Abrechnung der Semesterticketbeiträge gegenüber dem Vertragspartner und ggf. gegenüber dem Land Berlin, sofern das Land Berlin Zuschüsse zum Semesterticket finanziert. Zur Verwaltung und Bewirtschaftung der Beiträge für ein Semesterticket wird gemäß § 18a Abs. 4 BerlHG eine Verwaltungsvereinbarung mit der HWR Berlin geschlossen.

§ 7 Sitzungsgeld

Für Sitzungen der Organe der Studierendenschaft der HWR Berlin können auf Beschluss des Studierendenparlamentes Sitzungsgelder in Anlehnung an § 3 der Hochschulsitzungsgeldverordnung gewährt werden. Das Sitzungsgeld beträgt je Sitzung maximal 25,00 Euro und muss in seiner Gesamthöhe im Haushaltsplan etatisiert sein. Näheres regelt die Geschäftsordnung des Studierendenparlamentes.

§ 8 Haftung

Für die Verbindlichkeiten der Studierendenschaft haftet nur deren Vermögen gemäß § 20 Absatz 4 BerlHG.

III. Studentische Beteiligung an der Hochschulpolitik

§ 9 Fachschaften

(1) Die Studierenden eines Fachbereiches können auf Antrag von mindestens sieben Prozent der Studierenden des Fachbereichs von Hundert jeweils eine Fachschaft bilden. Der Antrag ist in Schriftform beim Allgemeinen Studierendenausschuss einzureichen.

(2) Die Fachschaft wählt einen Fachschaftsrat. Der Fachschaftsrat besteht bei Fachschaften mit

- a) bis zu 100 Studierenden aus drei,
- b) bis zu 300 Studierenden aus fünf,
- c) bis zu 500 Studierenden aus sieben,
- d) bis zu 800 Studierenden aus neun und
- e) über 800 Studierenden aus elf Mitgliedern.

(3) Der Fachschaftsrat nimmt die besonderen Interessen der Mitglieder der Fachschaft im Rahmen der Aufgaben der Studierendenschaft wahr. Er soll insbesondere die Beratung der Fachschaftsmitglieder in Fragen des Studiums, der Lehre und der Prüfungen durchführen. Zudem obliegt ihm im Benehmen mit dem Allgemeinen Studierendenausschuss die besondere Betreuung der Studierenden im ersten Semester.

(4) Zur Konstituierung eines Fachschaftsrates wird dieser durch die bisherige vorsitzende Person des Fachschaftsrates einberufen. Ist keine vorsitzende Person im Amt, übernimmt die Einberufung ein Mitglied des AStA. Bei seiner Konstituierung wählt der Fachschaftsrat aus seiner Mitte die vorsitzende Person und die stellvertretende vorsitzende Person. Weitere Sitzungen werden von der vorsitzenden oder stellvertretenden vorsitzenden Person einberufen.

(5) Der Fachschaftsrat ist bei bis zu drei Mitgliedern auf Verlangen jedes Mitgliedes, bei mehr als drei Mitgliedern auf Verlangen von zwei Mitgliedern einzuberufen.

(6) Die Fachschaftsräte sind an die Beschlüsse des Studierendenparlamentes und des Allgemeinen Studierendenausschusses gebunden.

§ 10 Urabstimmungen

(1) Urabstimmungen dienen der Meinungsbildung der Studierendenschaft. Sie können bei Fragen grundsätzlicher Bedeutung durchgeführt werden und gelten als bindend, wenn eine Mehrheit der Teilnehmerinnen und Teilnehmer und zugleich mindestens ein Viertel, der zum Studierendenparlament Wahlberechtigten zustimmt. Auf Grund der Haushaltshoheit des Studierendenparlamentes sind diejenigen Urabstimmungen der Studierendenschaft unzulässig, welche die Studierendenschaft zu Ausgaben verpflichten, die dem beschlossenen Haushaltsplan des Amtsjahres entgegenstehen.

(2) Stimmberechtigt ist, wer wahlberechtigt ist.

(3) Beschlüsse der Urabstimmung werden hochschulöffentlich bekannt gegeben.

(4) Der Text der Urabstimmung wird mit dem Begehren festgesetzt.

(5) Zur Durchführung der Urabstimmung wird vom Studierendenparlament ein Ausschuss gebildet. Der Ausschuss ist unmittelbar nach erfolgreichem Begehren zu konstituieren. Er hat dafür zu sorgen, dass die Urabstimmung innerhalb der darauffolgenden drei Wochen in folgender Weise durchgeführt wird:

- Veröffentlichung des erfolgreichen Begehrens durch elektronische Benachrichtigung der Mitglieder der Studierendenschaft und der endgültigen Urabstimmungstexte mindestens zwei Wochen vor der Durchführung der Urabstimmung,
- Durchführung der Urabstimmung an mindestens zwei Tagen während der täglichen Vorlesungszeit.

Dem endgültigen Urabstimmungstext kann eine Beschlussempfehlung des Allgemeinen Studierendenausschusses beigefügt werden.

(6) Die Urabstimmung ist durchzuführen:

1. auf Beschluss des Allgemeinen Studierendenausschusses,
2. auf Beschluss des Studierendenparlamentes,
3. auf Verlangen von zehn Prozent der Mitglieder der Studierendenschaft.

(7) Die Durchführung kann auf Beschluss des Allgemeinen Studierendenausschusses oder des Studierendenparlamentes der HWR Berlin übertragen werden.

(8) Die Durchführung der Urabstimmung per Briefwahl oder elektronischer Wahl ist zulässig.

IV. Schlussbestimmungen

§ 11 Änderungen

Änderungen der Satzung der Studierendenschaft bedürfen der Zustimmung einer Zweidrittelmehrheit der gewählten Mitglieder des Studierendenparlamentes.

§ 12 Inkrafttreten, Außerkrafttreten

Diese Satzung tritt am 25.07.2023 in Kraft und wird im Mitteilungsblatt /Bulletin der HWR Berlin veröffentlicht. Gleichzeitig tritt die Satzung der Studierendenschaft der HWR Berlin vom 13.10.2015, zuletzt geändert am 17.04.2023, außer Kraft.

Statute of the student body at the Berlin School of Economics and Law (HWR Berlin) Date: 20.07.2023²

In accordance with § 19 section 2 of the *Gesetz über die Hochschulen im Land Berlin (Berliner Hochschulgesetz – BerlHG)* in the version from 26.07.2011 (*GVBl.* p. 378), last revised on 11.07.2023 (*GVBl.* p. 260) the Student Parliament passed the following statute:

I. General

§ 1 Bodies and their political responsibilities

Enrolled students who exercise their rights at the *HWR Berlin* make up the student body.

(1) Political student entities are

1. the plenary meeting of the student body (*Vollversammlung der Studierenden VV*),
2. the Student Parliament (*Studierendenparlament StuPa*), and
3. the General Students' Committee (*Allgemeine Studierendenausschuss AStA*).

(2) The student body must observe the needs of students at the university and in the community, and must promote the university's goals and duties according to § 4 *BerlHG*. In this regard, the student body holds a political mandate on behalf of its members. The student body has the following duties in particular:

1. involvement in students' social and economic self-help,
2. facilitating the forming of opinions among students,
3. involvement in university tasks, in particular taking a position on matters of university or academic policy,
4. promoting political education, civil responsibility, active tolerance, and support for fundamental and human rights on the basis of the constitutional order,
5. observing the cultural, objective, economic, and social needs of its members,
6. promoting the inclusion of international students,
7. promoting university athletics,
8. maintaining interregional and international student relationships, and
9. promoting academic goals as per § 21 *BerlHG*.

(3) In order to fulfil its objectives, the student body can also take a position on matters pertaining to universities' social responsibilities, as well as on the application of academic knowledge and the assessment of their ramifications for society and the environment. The student body and its organs may use media of any sort to fulfil its duties, and publish discussion of relevant social matters in these media.

(4) Every member of the student body has the right to be involved in student body organs and is both actively and passively eligible to vote for all organs.

² The English translation is for information purposes only. The German version is the original and constitutes the sole legally-binding version of this text.

§ 2 Plenary meeting of the student body

- (1) The plenary meeting is the superior organ of the student body.
- (2) The plenary meeting is convened by the General Students' Committee:
 - by decree of the General Students' Committee,
 - by decree of the Student Parliament,
 - by written request by five per cent of the student body.
- (3) A plenary meeting is convened with an invitation including an agenda, date, time, and venue.
- (4) If the plenary meeting has been convened as per section 3 and at least seven per cent of the members of the student body is present, the plenary meeting can pass resolutions.
- (5) If it achieves a three-quarters majority, it can suspend resolutions by the General Students' Committee – excluding changes to bylaws as well as decrees on the student body membership regulations and budget plan – as well as vote to dissolve the Student Parliament and issue statements.
- (6) The General Students' Committee convenes partial meetings of students from specific faculties:
 - by decree of the General Students' Committee,
 - by decree of the Student Parliament,
 - by written request by ten per cent of the students of the respective faculty.
- (7) Each member of the student body has a right to speak, appeal, and vote at the plenary meeting.

§ 3 Student Parliament

- (1) According to § 19 section 3 sentence 1 *BerlHG*, the Student Parliament consists of 30 members.
- (2) Preparation and execution of votes by the Student Parliament are based on the electoral rules of the *HWR Berlin*. The Student Parliament can pass rules that deviate from these.
- (3) The elections are held together with the elections to the bodies of the *HWR Berlin*.
- (4) Members of the Student Parliament hold their office for one year. Members of organs retain their position until new organs are constituted.
- (5) Upon being constituted, the Student Parliament votes for the Executive Committee, consisting of:
 1. the President,
 2. a deputy, and
 3. a minute taker.

The electability and duties of the Executive Committee members are defined in the bylaws.

- (6) Members of the General Students' Committee are elected for the new legislative period of the General Students' Committee at the constitutive session of the Student Parliament. The tenure of the General Students' Committee is one year.
- (7) The Student Parliament's bylaws regulate the responsibilities of the Executive Committee.

- (8) Members of the Executive Committee can be dismissed by a constructive vote of no confidence. Further information can be found in the Student Parliament bylaws.
- (9) The constitutive session of the newly elected Student Parliament shall take place no later than four weeks after the beginning of the semester following the election.
The constitutive session shall take place no later than three weeks following the dissolution of the Student Parliament.
The invitation to the constitutive session of the newly elected Student Parliament is issued by the President of the previous legislative period.
- (10) The bylaws of the Student Parliament regulate the convention of sessions, the agenda, the chairperson, the method of voting, and the minute keeping procedure.
- (11) The Student Parliament is authorised to pass resolutions if the invitation has been issued as required and at least one third of the members are present.
- (12) In the event of extraordinary sessions held due to the previous session's inability to pass a resolution, resolutions can be passed if at least 20 per cent of the members and one member of the board or Executive Committee are present. This regulation must be specified in the invitation.
- (13) Sessions can be held in person and/or via video and/or via audio conference. Written resolutions and electronic circulation are permitted. Further information can be found in the bylaws.
- (14) The Student Parliament shall convene at least four times per semester. Furthermore, the Student Parliament convenes within 60 days upon:
1. decree of the General Students' Committee,
 2. written request by one quarter of its members, or
 3. written request by at least one per cent of the members of the student body.
- (15) In addition to its legal requirements from *BerlHG*, the Student Parliament has the following duties:
1. The election, dismissal, and recall of the General Students' Committee or individual members thereof. The Student Parliament determines the number of members on the General Students' Committee. Recall is only possible via a constructive vote of no confidence. Further details can be found in the bylaws.
 2. To adopt and pass bylaws.
 3. To pass student body statutes.
 4. Budgetary duties:
 - a) determination of fees as per § 18a section 4 and § 20 section 1 *BerlHG*
 - b) approval of the budget plan / supplementary budget plan of the student body and subsequent submission for approval as per § 20 section 1 *BerlHG* to the *HWR Berlin* Executive Committee
 - c) confirmation of the annual account and request for an audit
 - d) evaluation of the results of the audit. If there are no objections to the results, the *AStA* must be relieved and a request for approval of this relief must be submitted to the *HWR Berlin* Executive Committee. Should there be objections to the results, suitable measures must be taken to verifiably resolve these objections.
 5. Further information can be found in the bylaws.
- (16) The Student Parliament can establish committees or commissions to prepare its resolutions or execute its tasks. These organs are bound to the decrees of the Student Parliament, accountable, and can be

dissolved at any time. Further information can be found in the bylaws. The appointment and dissolution thereof require approval by a simple majority.

(17) Members of the Executive Committee of the Student Parliament receive monthly compensation of up to one twelfth of the flat rate for part-time work or volunteering (*Übungsleiterpauschale*) as per § 3 no. 26 *Einkommensteuergesetz*. This amount is determined by the Student Parliament via decree of the budget plan and is defined in the bylaws.

§ 4 General Students' Committee (AStA)

(1) The General Students' Committee represents the student body in all internal and external matters. It tends to the student body's affairs, including the procurement of funds as per § 6.

(2) The General Students' Committee consists of up to 16 members, specifically:

1. the Chairperson for External Affairs,
2. the Chairperson for Internal Affairs,
3. the Board Representative for Finance and Law,
4. the Board Representative for University Policy and Involvement,
5. up to 12 other members as per the bylaws.

(3) If a member of the General Students' Committee resigns or leaves the university, the Student Parliament must appoint a successor.

(4) The General Students' Committee drafts its bylaws.

(5) The constitutive meeting of the newly appointed General Students' Committee shall take place no later than two weeks after appointment by the Student Parliament.

(6) The invitation to the constitutive meeting is issued by the acting chairperson at the time the invitation is issued,

(7) The bylaws of the General Students' Committee regulate the convention of sessions, the agenda, the chairperson, the method of voting, and the keeping of minutes.

(8) The General Students' Committee is authorised to pass resolutions if the invitation has been issued as required and at least one third of the members and at least three persons as defined in paragraph 2 numbers 1 to 4 are present.

(9) In the event of extraordinary sessions held due to the inability of the previous session to pass resolutions, resolutions can be passed if at least 20 per cent of the members and at least two members of the board are present. This regulation must be specified in the invitation.

(10) Sessions can be held in person and/or via video and/or via audio conferences. Written resolutions and electronic circulation are permitted. Further information can be found in the bylaws.

(11) The General Students' Committee can establish committees or commissions to prepare its resolutions or execute its tasks. These organs are bound to the decrees of the General Students' Committee, accountable, and can be dissolved at any time. Further information can be found in the bylaws. The appointment and dissolution thereof require approval by a simple majority.

(12) The board members of the General Students' Committee (§ 4 section 2 no. 1 to 4) receive a monthly compensation of up to the amount of the maximum rate as per § 13 section 1 no. 2 and section 2 no. 2 *Bundesausbildungsförderungsgesetz*.

The members of the General Students' Committee (section 2 no. 5) can receive a monthly compensation of up to two thirds of the maximum rate as per § 13 section 1 no. 2 and section 2 no. 2

Bundesausbildungsförderungsgesetz.

Further information can be found in the Student Parliament bylaws.

(13) The student body of the *HWR Berlin*, represented by the General Students' Committee, grants allowances. Further information can be found in the allowance regulations.

(14) The General Students' Committee can appoint up to five volunteer officers who are responsible for student self-administration in the respective faculties. These officers can be appointed for up to one year, with the possibility of reappointment. These volunteer officers can receive monthly compensation of up to two thirds of the compensation pursuant to § 3 section 17. Further information can be found in the Student Parliament bylaws.

(15) The General Students' Committee can appoint up to three volunteer officers who are responsible for matters of student self-administration for which a member of the General Students' Committee is not already responsible. These officers can be appointed for up to one year, with the possibility of reappointment. These volunteer officers can receive monthly compensation of up to two thirds of the compensation pursuant to § 3 section 17. Further information can be found in the Student Parliament bylaws.

§ 5 Legal protection

Every member of the General Students' Committee and Student Parliament must be given legal protection on request for legal disputes stemming from the exercising of their official duties.

II. Financing

§ 6 Student body budget

(1) The General Students' Committee is responsible for defining the membership fee regulations, establishing the budget plan and supplemental budget, acquiring funding, writing up the annual account, and billing contract partners for semester ticket fees. § 20 *BerLHG*, the State Budget Ordinance of Berlin, and the regulations of public procurement law apply to the planning and use of funds. The semester ticket contract in conjunction with § 18a *BerLHG* applies to the billing of semester ticket fees.

(2) The membership fee regulations must be written up every semester. If a semester ticket contract has been formed, the respective prices must be included in the membership fee regulations. The membership fee regulations must be passed by the Student Parliament in accordance with §§ 3 section 15 no. 4a, and approved by the Executive Committee in accordance with §§ 20 section 1 and 18a section 4 *BerLHG*. After approval by the *HWR Berlin* Executive Committee, the membership fee regulations will immediately be published in the *Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin*.

(3) The *AStA* board member (§ 4 section 2 no. 3) is responsible for drafting the budget plan. Incoming funds are based on the approved membership fee regulations and number of students from the two previous

semesters. With regard to expenditures, all contractual, statutory, and other planned expenses must be financed from the income. The budget plan's income and expenditures must be balanced such that there is no deficit or surplus. The budget guidelines of the State of Berlin apply for formal budget establishment, including rounding guidelines, apply. Title estimates must be explained such that the estimate is comprehensible.

A supplementary budget is only required in the event of significant additional or reduced income. This supplementary budget is subject to the same regulations as the budget plan.

The budget plan / supplementary budget must be passed by the Student Parliament in accordance with § 3 section 15 no. 4b, and approved by the Executive Committee in accordance with § 20 section 1 BerlHG. The process for drafting the budget plan / supplementary budget is regulated in the bylaws.

(4) The AStA board member (§ 4 section 2 no. 3) is responsible for procuring the funds in accordance with § 4 section 2 no. 3. The AStA board members (§ 4 section 2 no. 1-3) are authorised to sign for all payments. Further signature authorisations are assigned to AStA members and employees by the AStA board member (§ 4 section 2 no. 3). Sufficient signature authorisations must be assigned so that the two-signature principle is always ensured. Transfers must be documented in writing.

If the student body uses university administration systems for payments, accounting, and billing as per § 20 section 2 BerlHG, the organisational regulations must be defined in an administrative agreement.

If the student body is responsible for payments, accounting, and billing, all necessary organisational regulations for adhering to the LHO Berlin and public procurement law in particular must be defined in writing. The AStA board member (§ 4 section 2 no. 3) is responsible for adhering to the regulations and is obligated to report to the General Students' Committee and Student Parliament. The regulations and adherence thereto are subject to the legal supervision of the Executive Committee as per § 18 section 4 BerlHG.

(5) After completion of the budget year, an annual account of the budgeting and bookkeeping according to the *LHO Berlin* must be written by the end of the 2nd quarter of the following year. The annual account must be submitted to the Student Parliament in accordance with § 3 section 15 no. 4c, and an audit must be commissioned in accordance with § 20 section 3 BerlHG following the resolution by the board.

The AStA board member (§ 4 section 2 no. 3) is the contact for the audit.

The results of the audit must be submitted to the Student Parliament for resolution concerning relief of the AStA for the audited budget year in accordance with § 3 section 15 no. 4c.

(6) If a semester ticket contract has been formed as per § 18a section 1 BerlHG, the AStA board member (§ 4 section 2 no. 3) is responsible for billing of the contract partners – and the State of Berlin, if the state is financing allowances for the semester ticket – for the semester ticket fees according to the contract.

An administrative agreement will be formed with the HWR Berlin for purposes of management of the semester ticket fees in accordance with § 18a section 4 BerlHG.

§ 7 Attendance fee

As decreed by the Student Parliament, pursuant to § 3 of the *Hochschulsitzungsgeldverordnung*, attendance fees can be disbursed for sessions of *HWR Berlin* student body meetings. The attendance fee shall not exceed 25.00 euros per session, and the full amount must be included in the budget. The bylaws of the Student Parliament contain further information.

§ 8 Liability

For commitments of the student body, only their assets are liable in accordance with § 20 section 4 *BerIHG*.

III. Student involvement in university policies

§ 9 Student associations

- (1) If at least seven per cent of the students in a faculty submit an application, they can form a student association. This application must be submitted in writing to the General Students' Committee.
- (2) The student association appoints a student association council. The student association council consists of:
 - a) three members for student associations with up to 100 students,
 - b) five members for those with up to 300 students,
 - c) seven members for those with up to 500 students,
 - d) nine members for those with up to 800 students, and
 - e) eleven members for those with over 800 students.
- (3) The student association council implements the particular interests of the association members with regard to the roles of the student body. In particular, it is supposed to assist association members with matters of studies, courses, and exams. It is also responsible, in consultation with the General Students' Committee, for providing special support to students in their first semester.
- (4) A student association council is constituted by the previous acting chairperson of the student association council. If there is no such person available, a member of the *AStA* shall perform this task. While it is being constituted, the student association council selects from among its members the chairperson and co-chair, either of whom will convene future meetings.
- (5) Student association councils with up to three members must convene if all members request such. Those with more than three members require only a request from two members in order to convene.
- (6) Student association councils are bound by the decrees of the Student Parliament and the General Students' Committee.

§ 10 Strike ballots

- (1) Strike ballots aim to gauge the student body's opinions. They can be conducted on matters of fundamental importance, and are deemed binding if a majority of participants and at least one quarter of eligible Student Parliament voters agree. Because of the budgetary sovereignty of the Student Parliament, student body strike ballots that obligate the student body to pay expenses that contradict the agreed budget plan for the official year are not permitted.
- (2) Everyone eligible to vote is allowed to vote.
- (3) The results of strike ballots will be disclosed to the school at large.

- (4) The text of the strike ballot will be established with the demand.
- (5) The Student Parliament will form a committee to hold the vote. This committee must be constituted immediately after successful request, and must ensure that the strike ballot is conducted as follows within the subsequent three weeks:
- publication of the successful demand via electronic notification of the members of the student body as well as the final strike ballot text at least two weeks before the vote is held,
 - execution of the vote on at least two days during the daily lecture times.
- A recommendation from the General Students' Committee can be attached to the final strike ballot text.
- (6) The strike ballot must be conducted:
1. as decreed by the General Students' Committee,
 2. as decreed by the Student Parliament,
 3. as demanded by ten per cent of the members of the student body.
- (7) The vote can be transferred to the *HWR Berlin* at the behest of the General Students' Committee or the Student Parliament.
- (8) Votes can also be submitted via post or electronically.

IV. Final provisions

§ 11 Changes

Changes to the statute of the student body require approval by a two-thirds majority of the elected members of the Student Parliament.

§ 12 Commencement / end

This statute takes effect on the day after its publication in the *Mitteilungsblatt / Bulletin der HWR Berlin*. At the same time, the statute of the student body of the *HWR Berlin* from 13.10.2015, last amended on 17.04.2023, expires.